



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,  
Digitalis., Gesundheit -

## Tagesordnung I Punkt 3.3 der öffentlichen Sitzung am 2. September 2025

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0024

### Identifikation per Video ID stadtwweit einsetzen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 12.03.2024 -  
- Beschluss Nr. 7 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 04.02.2025 -

Im Zeitalter der digitalen Transformation ist es von größter Bedeutung, dass unsere Stadtverwaltung mit technologischen Fortschritten mithält. In Wiesbaden wird das Videoident-Verfahren seit November 2020 als Alternative zur eID-Ausweisfunktion den Bürger:innen angeboten. Erstmals wurde das Verfahren im Rahmen der Online-Anmeldung der Eheschließung eingeführt und seither über 6.000-mal genutzt. Seit Oktober 2023 ist in Wiesbaden die Online-Meldung am Wohnsitz mit einem Videoident-Verfahren verfügbar. Ein Angebot, das bundesweit noch einzigartig ist.

Der Prozess des Videoident-Verfahrens inklusive der qualifizierten elektronischen Signatur ist mit über 200 verschiedenen Ausweisdokumenten nutzbar und wird bereits seit vielen Jahren in der Wirtschaft genutzt. Alle Ausweisdokumente werden im Videoident-Verfahren organisatorisch und technisch auf ihre Prüfmerkmale überprüft.

Eine stadtwweite Nutzung des bewährten Videoident-Verfahrens stellt einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität von Onlinediensten und zur Bewältigung von Verwaltungsaufgaben ohne die Notwendigkeit zusätzlichen Personals dar. Es nutzt vorhandene technische Schnittstellen, fördert die digitale Transformation der Stadtverwaltung und erhöht die Nutzungsfreundlichkeit für Bürgerinnen und Bürger. Durch seine hohe Akzeptanz und Vielfältigkeit kann es den Verwaltungsprozess signifikant vereinfachen und beschleunigen, was zu effizienteren und kosteneffektiven Dienstleistungen führt. Aufgrund der kürzlichen Abschaffung des PIN-Rücksetzbriefts und der weiterhin niedrigen Akzeptanz der EID-Ausweisfunktion muss über eine Alternative nachgedacht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Authentifizierung per Videoident-Verfahren als Alternative zur eID-Ausweisfunktion bis zum Jahresende 2024 grundsätzlich überall dort anzubieten, wo sie kostenneutral realisierbar ist (insbesondere in den Civento-Prozessen).
2. in Diensten, in denen die Einführung des Videoident-Verfahrens zusätzliche Kosten verursacht, diese Kosten zu ermitteln und zur Berücksichtigung in den Haushaltsberatungen 2025 anzumelden.

**Ergänzungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP zum Antrag zu TOP I/11 „Identifikation per Video ID stadtweit einsetzen“ (Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 12.03.2024) für die Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024**

Der Antrag zu TOP I/11 wird wie folgt ergänzt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. in Absprache mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und der Bitcom über mögliche Sicherheitsrisiken, die das Videoident-Verfahren mit sich bringt, zu berichten und diese zu prüfen. Der Bericht sollte schnellstmöglich dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vorgelegt werden.
  2. zu berichten, wie das Videoident-Verfahren seit der Einführung für die Online-Meldung des Wohnsitzes angenommen wurde und wie sich in diesem Zusammenhang die Anzahl der Online-Eheschließungsanträge entwickelt hat.
  3. darüber hinaus die Onlineausweisfunktion und dessen Vorteile verstärkt zu bewerben.
  4. unverändert BP 1. des Ursprungsantrages (die Authentifizierung per Videoident-Verfahren als Alternative zur eID-Ausweisfunktion bis zum Jahresende 2024 grundsätzlich überall dort anzubieten, wo sie kostenneutral realisierbar ist (insbesondere in den Civento-Prozessen))
  5. unverändert BP 2. des Ursprungsantrages (in Diensten, in denen die Einführung des Videoident-Verfahrens zusätzliche Kosten verursacht, diese Kosten zu ermitteln und zur Berücksichtigung in den Haushaltsberatungen 2025 anzumelden)
- 

**Beschluss Nr. 0083 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2024**

Nr. 2 des Ergänzungsantrags der Fraktionen von CDU und FDP ist durch die Aussprache erledigt.

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Authentifizierung per Videoident-Verfahren als Alternative zur eID-Ausweisfunktion bis zum Jahresende 2024 grundsätzlich überall dort anzubieten, wo sie kostenneutral realisierbar ist (insbesondere in den Civento-Prozessen).
  2. in Diensten, in denen die Einführung des Videoident-Verfahrens zusätzliche Kosten verursacht, diese Kosten zu ermitteln und zur Berücksichtigung in den Haushaltsberatungen 2025 anzumelden.
  3. in Absprache mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und der Bitcom über mögliche Sicherheitsrisiken, die das Videoident-Verfahren mit sich bringt, zu berichten und diese zu prüfen. Der Bericht sollte schnellstmöglich dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vorgelegt werden.
  4. darüber hinaus die Onlineausweisfunktion und dessen Vorteile verstärkt zu bewerben.
- 

**- Beschluss Nr. 7 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 04.02.2025 -**

Die mündlichen Ausführungen von Herrn Klumb (Dezernat VII), dass ein Bericht zeitnah vorgelegt wird, werden zur Kenntnis genommen.

---

**Beschluss Nr. 0086**

1. Die mündlichen Ausführungen zum aktuellen Sachstand von Frau Stadträtin Koohestanian werden zur Kenntnis genommen.
2. Es wird angestrebt, zur Sitzung am 03.02.2026 einen Bericht vorzulegen und das Thema im Ausschuss zu präsentieren.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2025

Susanne Hoffmann-Fessner  
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2025

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2025

Dezernat VII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister